

**Deutscher
Gewerkschaftsbund**

Bundesvorstand

**Bereich
Bildung, Qualifizierung,
Forschung**

10.10.2008

„Mit guter Bildung in die Zukunft“ – Gewerkschaftliche Anforderungen an den Bildungsgipfel

**Beschluss des DGB-Bundesvorstandes
vom 07. Okt. 2008**



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Bereich:
Bildung, Qualifizierung,
Forschung

Verantwortlich:
Ingrid Sehrbrock

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Postanschrift:
Postfach 11 03 72
10833 Berlin

Telefon 030-240 60-297
Telefax 030-240 60-410
e-mail
hans-detlev.kueller@dgb.de

„Mit guter Bildung in die Zukunft“ – Gewerkschaftliche Anforderungen an den Bildungsgipfel

Deutschland braucht eine abgestimmte Bildungspolitik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Bildungsarmut, Integration, Fachkräftemangel und demografischer Wandel - die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nicht im kleinstaatlichen Nebeneinander lösen. Der DGB fordert nachdrücklich eine nationale Diskussion über strategische Bildungsziele und wirksame Instrumente für deren Umsetzung.

Um „mit guter Bildung in die Zukunft“ zu gelangen, schlägt der DGB vor:

1. Bildung ist ein Menschenrecht – Bildungsarmut bekämpfen

Bildung und Ausbildung sind Menschenrechte. Trotzdem werden in Deutschland noch immer zu viele junge Menschen durch fehlende Bildungs- und Ausbildungschancen an den gesellschaftlichen Rand gedrängt. Sie sind die Verlierer des deutschen Bildungssystems:

- Immer noch leben in Deutschland vier Millionen Menschen, die als sogenannte funktionale Analphabeten nicht gut genug lesen und schreiben können, um erfolgreich in Alltag und Beruf zu bestehen.
- Fast jeder zehnte Jugendliche verlässt die Schule ohne einen Abschluss.
- Jeder dritte Jugendliche mit Migrationshintergrund bekommt keinen Ausbildungsplatz.
- Kinder von Arbeitern sind an den Hochschulen deutlich unterrepräsentiert.
- Fast 400.000 Jugendliche „verschwinden“ im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf. Die meisten von ihnen bleiben ohne Chance auf eine qualifizierende Ausbildung.

„Mit guter Bildung in die Zukunft“ heißt für den DGB: die Herausforderung annehmen, diese jungen Menschen durch mehr und bessere Bildung und Ausbildung wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Das Menschenrecht auf Bildung muss in Deutschland endlich verwirklicht werden. Auf jeder Stufe unseres Bildungswesens muss es Rechtsansprüche geben – bis hin zum Recht auf Aus- und Weiterbildung. Bildung muss Menschen dabei unterstützen, sich solches Wissen anzueignen und die Kompetenzen zu entwickeln, die für ihre Beteiligung an einer zukunftsfähigen Gesellschaft notwendig sind. Neben Sach-, Orientierungs-, Handlungswissen geht es um die Ausbildung von Schlüsselkompetenzen, wie Wahrnehmungs- und Erfahrungsfähigkeiten, Konfliktlösungs- und Urteilsfähigkeit, Kreativität, vernetztes Denken, Kooperations- und Entscheidungsfähigkeit.

2. Bildung ist staatliche Daseinsvorsorge – Privatisierung verhindern und Gebühren abschaffen

Eine gute Bildung für alle Menschen ist die entscheidende Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Wer am Bildungssystem spart, lastet der Gesellschaft hohe Folgekosten auf. Bildung darf nicht auf eine Dienstleistung reduziert werden, die nur in Anspruch nimmt, wer es sich finanziell leisten kann oder will. Der Trend zu einem abgeschotteten privaten Bildungssystem muss politisch bekämpft werden. Bildung ist keine Ware, sondern ein öffentliches Gut. Die zunehmende Privatisierung kann nur gestoppt werden, wenn der Staat massiv in den Ausbau und die Qualität des Bildungswesens investiert.

Bildung zu privatisieren oder die Kosten mehr und mehr auf die oder den Einzelnen abzuwälzen, können ebenso wenig eine Alternative zu einem zukunftsfähigen öffentlichen Bildungswesen sein wie von Unternehmen finanzierte und kontrollierte Eliteeinrichtungen. Hohe Gebühren für Krippenplätze und Kindergärten, für das Studium, Beiträge für Lernmittel, Klassenfahrten und Theaterbesuche sowie kräftige Teilnahmegebühren in der Weiterbildung verhindern eine höhere Bildungsbeteiligung.

„Mit guter Bildung in die Zukunft“ heißt für den DGB: Bildung muss Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und allen Menschen zugänglich sein. Der DGB fordert die Abschaffung aller Bildungsgebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule.

3. Bildung braucht Zeit – Ganztagsangebote ausbauen

In kaum einem anderen Industrieland setzt der Staat seine Kinder schon mittags vor die Tür. In Deutschland hingegen sind Halbtags-Kindergärten und Halbtags-Schulen die Regel. Langsam setzt sich auch in der Bundesrepublik die Erkenntnis durch, dass Ganztagsangebote ein wichtiger Baustein sind, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen – und so sowohl Männern als auch Frauen Chancengleichheit beim Zugang zur Arbeitswelt zu bieten.

Doch nicht nur die Eltern, auch die Kinder profitieren enorm von Ganztagsangeboten. Denn Bildung braucht Zeit. Pädagoginnen und Pädagogen müssen den Spielraum gewinnen, individuelle Angebote für die einzelnen Kinder und Jugendliche zu machen. Wir brauchen deshalb flächendeckend und verbindlich Ganztagskindergärten, Ganztagschulen und Angebote der Jugendhilfe – mit gut ausgestatteten Arbeitsplätzen für das pädagogische Personal. Wir wollen flächendeckende Ganztagsangebote mit anspruchsvollen pädagogischen Konzepten. Der DGB fordert die Fortsetzung des Ganztagschulprogramms über das Jahr 2009 hinaus.

„Mit guter Bildung in die Zukunft“ heißt für den DGB: Bund und Länder müssen Mittel und Wege finden, die Finanzierung gemeinsam dauerhaft zu sichern.

4. Bildung beginnt in der frühen Kindheit – Kitas verbessern

Bildung beginnt in der frühen Kindheit. Es ist deshalb überfällig, dass der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Tageseinrichtung für Kinder (Krippe, Kindertagesstätte) eingeführt wird. Dieser muss unabhängig vom sozialen Status der Eltern von Geburt an gelten. Wir brauchen nicht nur mehr, sondern auch bessere Angebote in den Tageseinrichtungen für Kinder.

„Mit guter Bildung in die Zukunft“ heißt für den DGB: eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung. Der DGB fordert Bund und Länder auf, für die Sicherung von guter Qualität bundesweite Standards (Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher, Gruppengröße, Zeit für Vor- und Nachbereitung) zu entwickeln, die in allen Ländern umzusetzen sind. Diese Standards müssen für alle Einrichtungen gelten - unabhängig von deren Trägerschaft.

5. Eine gute Schule für alle Kinder fördert und unterstützt - Auslese der Kinder stoppen

Die Bilanz unseres Schulsystems ist Besorgnis erregend: Jahr für Jahr verlassen bis zu 80.000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss. Gleichzeitig gelingt es nicht, mehr Jugendliche für ein Studium zu qualifizieren, der Zugang zur Hochschule wird in bildungsnahen Schichten vererbt. Der Abstand zu international erfolgreichen Bildungssystemen wächst.

Wir brauchen deshalb auch für unsere Schulen eine neue Philosophie: Fördern statt Auslesen – Inklusion statt Selektion. Gute Schulen brauchen gute Arbeitsbedingungen. Eine Schule für alle Kinder erreicht durch individuelle Förderung zwei Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Das pädagogisch sinnlose Sortieren und Etikettieren in unterschiedlich anspruchsvolle Bildungsgänge muss überwunden werden. Vor allem Haupt- und Förderschulen können den Schülerinnen und Schülern den Übergang in Ausbildung und Beruf kaum noch ermöglichen. Auch in Deutschland sollen junge Menschen bis zum Ende der 10. Klasse gemeinsam lernen. Der DGB fordert daher die Einführung der einen guten Schule für alle.

Zu einer qualitativ hochwertigen Schule für alle Kinder gehört auch, die Qualifikation von Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals endlich stärker ins Blickfeld zu rücken und zu verbessern. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss inhaltlich grundlegend reformiert werden.

Sie muss - in den Bachelor- und Masterstudiengängen - für alle Lehrkräfte zum Master (300 ECTS-Punkte) führen. Alle Lehrerinnen und Lehrer sollen – unabhängig von Schulart und Schulstufe – einheitlich bezahlt werden.

„**Mit guter Bildung in die Zukunft**“ heißt für den DGB, das selektive Schul- und Bildungssystem zu überwinden. Kurzfristig brauchen wir massive Investitionen in die präventive individuelle Förderung „gefährdeter“ Jugendlicher. Um die hohe Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss zu senken, müssen sich Bund und Länder endlich verbindlich auf konkrete Zielgrößen und Maßnahmen der Qualitätssicherung festlegen. Der mittlere Abschluss nach Klasse zehn in der einen Schule für alle Kinder muss zum Standard werden, damit die Jugendlichen den Übergang in Ausbildung und Beruf schaffen.

6. Ausbildung schafft Lebensperspektiven – statt Warteschleifen die duale Berufsausbildung stärken und das schulische Angebot verbessern

Hunderttausende Jugendliche bewerben sich Jahr für Jahr erfolglos um einen Ausbildungsplatz und verschwinden im so genannten Übergangssystem zwischen Schule und Beruf – ohne dass sie eine voll qualifizierende Ausbildung beginnen können. Die Altbewerber machen inzwischen mehr als die Hälfte der jährlichen Bewerber aus. So wird der Start ins Leben erschwert, Lebenszeit und Ressourcen werden verschwendet, Resignation und Perspektivlosigkeit sowie soziale Ausgrenzung erzeugt. Das duale System der Berufsausbildung gilt es zu erhalten und mit neuer Vitalität zu erfüllen. Neben den tarifpolitischen Initiativen der Sozialpartner gehören dazu gesetzliche Rahmenbedingungen, die mehr betriebliche Ausbildung ermöglichen, zum Beispiel über Ausbildungsum- bzw. Zulagen. Außerbetriebliche Ausbildung (z.B. in der Schule) kann betriebliche Berufsausbildung nicht ersetzen, sondern ergänzt diese. Die Angebote sind so zu gestalten, dass sie für alle Schulabgänger offen sind und eine klare Orientierung auf den Arbeitsmarkt haben.

Das Grundrecht auf Ausbildung muss abgesichert werden, wie es in der gemeinsamen Petition von DGB und Landeschülervertretungen gefordert wird.

Eine Reform des beruflichen Bildungssystems, die am Berufsprinzip festhält, erfüllt die gesellschaftlichen Anforderungen. Berufliche Handlungs- und Gestaltungskompetenz ist das Leitziel der beruflichen Bildung. Das Berufsprinzip soll nicht in Frage gestellt werden, etwa durch Modularisierung und Zergliederung der Ausbildung in kleinste Einheiten, oder durch eine Verkürzung der Ausbildungszeit auf zwei Jahre. Es kommt darauf an, dass sich die Auszubildenden Kompetenzen aneignen, die es ihnen erlauben, ihren Berufsweg aktiv zu gestalten. Kernberufe bieten das Fundament für eine enge Verzahnung mit anschließenden Fort- und Weiterbildungen.

Zu einem zukunftsweisenden Konzept für die berufliche Ausbildung gehört deshalb eine verbesserte Berufsorientierung, bei der Betriebe, Schulen, Bundesagentur für Arbeit und alle weiteren Akteure des Ausbildungsbereichs kooperieren: mit flächendeckenden, zielgruppenorientierten und professionellen Beratungsangeboten beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

„**Mit guter Bildung in die Zukunft**“ heißt für den DGB eine Neuordnung von Ausbildungsordnungen nur im Konsens mit den Gewerkschaften, eine bessere Qualität der Ausbildung mit qualifizierten Ausbildern. Die verpflichtende Qualifizierung nach der Ausbildereignungsverordnung ist unverzichtbar. Ausbildungsbegleitende Hilfen müssen Standardangebot der Berufsausbildung sein, um besonders benachteiligten Jugendlichen gute Abschlüsse zu ermöglichen. Hierzu sind geeignete Maßnahmen, wie z.B. eine zeitliche Ausdehnung der Berufsausbildung denkbar, anstatt diese unnötig zu verkürzen. Um hohe Abbrecherquoten zu vermeiden, sind Qualitätssicherungssysteme nötig, zumindest Stichproben der Kammern in Betrieben.

7. Hochschulen sind Innovationsmotoren der Gesellschaft – Akademische Bildung öffnen

Zu wenige junge Menschen nehmen ein Hochschulstudium auf, zu wenige schließen ihr Studium erfolgreich ab. Im OECD-Mittel beginnt mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs ein Hochschulstudium, in Deutschland liegt der Anteil lediglich bei 36 Prozent. Nicht zuletzt deshalb warnt die OECD in ihrer jüngsten Studie „Bildung auf einen Blick 2008“ vor einem Fachkräftemangel, insbesondere in den Ingenieur- und Bildungswissenschaften.

Bund und Länder müssen einen „Hochschulpakt II“ schließen, und damit einen Ausbau der Studienplätze gewährleisten, der der tatsächlichen Nachfrage entspricht – und allen die gleichen Chancen auf ein Studium bietet. Die Barrieren beim Übergang zwischen beruflicher Bildung und Hochschule müssen fallen. Der Hochschulzugang für Menschen, die sich beruflich qualifiziert haben, muss bundeseinheitlich geregelt und geöffnet werden. Erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten aus der Fort- und Weiterbildung müssen auf ein Studium anrechenbar sein.

Wenn in Deutschland wie im Durchschnitt aller Industrieländer mehr als 50 Prozent eines Altersjahrgangs ein Studium aufnehmen sollen, müssen die Mittel für die Ausbildungsförderung deutlich erhöht und die Förderung verbessert werden. Der DGB setzt sich für eine dynamische und regelmäßige Anpassung der BAföG-Fördersätze an die Einkommensentwicklung und die Lebenshaltungskosten ein. Der Darlehensanteil im Studierenden-BAföG ist zu Gunsten eines nicht rückzahlungspflichtigen Zuschusses zu senken, damit junge Menschen nicht vom „Studentenberg“ aus mit einem „Schuldenberg“ ins Berufsleben starten müssen. Grundsätzlich ist das BAföG zu einem elternunabhängigen Studienhonorar weiterzuentwickeln. Der im UN-Sozialpakt verankerte Grundsatz der Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums ist durch einen bundesweiten gesetzlichen Ausschluss von Studiengebühren durchzusetzen.

Gute Studienbedingungen sind die Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium: In überfüllten Hörsälen und mit fehlenden Labor- oder Praktikumsplätzen lässt sich nicht gut studieren.

„**Mit guter Bildung in die Zukunft**“ heißt für den DGB, die Hochschulen besser auszustatten, das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden zu verbessern und die Lehrenden auf Qualitätsstandards zu verpflichten. Bund und Länder müssen die Mittel bereitstellen, um dringend erforderliche Investitionen in die Bausubstanz und für neue Hochschulbauten zu sichern.

8. Lebenslanges Lernen eröffnet Horizonte – Weiterbildung solide finanzieren

Zwischen der Bedeutung der Weiterbildung in Sonntagsreden und der Wirklichkeit gibt es eine wachsende Kluft. Immer noch fehlen die institutionellen, finanziellen, zeitlichen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass lebenslanges Lernen zum selbstverständlichen Teil der Biografien aller Menschen wird. Deutschland muss umsteuern. Wir brauchen ein neues solidarisches Weiterbildungssystem, das allen Menschen mehr Teilnahme ermöglicht. Erste Schritte hierfür hat der „Innovationskreis Weiterbildung“ vorgeschlagen, wie z.B. die Ausweitung des sog. Meister-BAföG auf weitere Zielgruppen.

Alle Akteure der Weiterbildung – vom Bund über die Kommunen bis zu Gewerkschaften und Unternehmen – müssen ihre Aktivitäten sinnvoll vernetzen – sich gegenseitig ergänzen und unterstützen. Kleine und mittlere Unternehmen sind besonders gefordert, ihre Weiterbildungsanstrengungen zu erhöhen. Wir brauchen eine innovative betriebliche Weiterbildungspolitik, Initiativrechte der Betriebs- und Personalräte, mehr Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen, eine Verpflichtung der Betriebe auf eine laufende Ermittlung des Weiterbildungsbedarfs sowie eine aktive staatliche Weiterbildungsförderung. Länder wie Frankreich, Dänemark und Schweden zeigen, dass mehr öffentliche Verantwortung tatsächlich Impulse geben kann.

„Mit guter Bildung in die Zukunft“ heißt für den DGB, Rahmenbedingungen zu setzen für ein Recht auf Weiterbildung, für rechtlich garantierte Lernzeiten – einschließlich des Bildungsurlaubs, für unterstützende Finanzierung, für mehr Beratung und Transparenz, für bessere Qualitätssicherung und Zertifizierung. Dazu ist ein Bundesgesetz für Weiterbildung unverzichtbar. Für eine Weiterbildung mit System muss ein Erwachsenen-BAföG eingeführt werden.

9. Gute Bildung und gute Arbeit gehören zusammen – Professionalität der Beschäftigten stärken

Wer das deutsche Bildungswesen besser und gerechter machen möchte, braucht dafür ausreichend, gut ausgebildetes und hoch motiviertes Personal. Bisher nehmen Politik und Gesellschaft die Entwicklung und Pflege der Professionalität der Bildungsarbeiter/innen jedoch kaum in den Blick. Im Gegenteil: Unter dem Diktat der Sparkommissare in den Regierungen beginnt eine schleichende Entprofessionalisierung der Beschäftigten im Bildungssystem. Statt endlich die notwendige Unterstützung durch Fortbildung und Beratung zu sichern, wird der Druck erhöht.

Die Beschäftigten im Bildungswesen sind der Schlüssel für eine nachhaltige Verbesserung unseres Bildungssystems. Sie verdienen und benötigen mehr Wertschätzung durch die ganze Gesellschaft. Wir vertrauen ihnen das höchste Gut an: unsere Kinder. Die Gestaltung ihrer Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ist in hohem Maße entscheidend für den Erfolg einer Bildungsoffensive. Professionalität, Qualität und Arbeitsbedingungen gehören untrennbar zusammen. Eine gute Ausbildung, angemessene Bezahlung und eine Kultur des gegenseitigen Vertrauens und Respekts bilden die Grundlage eines guten Bildungswesens. Sie machen Bildungsberufe auch für den Nachwuchs interessant.

Zurzeit steuert Deutschland auf einen gravierenden Fachkräftemangel auch im Bildungswesen zu. Soll der Krippenausbau bis 2013 gemeistert werden, müssen in den kommenden Jahren 80.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden. In den nächsten 15 Jahren wird mehr als die Hälfte der Fachkräfte an den Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen in den Ruhestand gehen. Wenn dieser Generationenwechsel gelingen soll, muss jetzt massiv um qualifizierte Fachkräfte geworben werden.

„Mit guter Bildung in die Zukunft“ heißt für den DGB die Gewährleistung exzellenter Arbeitsbedingungen, eine deutlich bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher, die Reduzierung der Pflichtstunden für Lehrkräfte, spürbar kleinere Klassen, eine Verpflichtung zur Weiterbildung und ein massiver Ausbau guter Angebote zur Weiterbildung.

10. Ein „Zukunftsfähiges Deutsches Bildungssystem“ braucht eine nationale Strategie – mehr Geld in Bildung investieren

„Mit guter Bildung in die Zukunft“ heißt für den DGB, dass Deutschland ökonomisch und politisch zur Weltspitze aufschließen und den „Wettbewerbsföderalismus“ in der Bildung überwinden muss. Notwendig ist eine nationale Bildungsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen mit klaren Entwicklungszielen. Im Mittelpunkt dieser Strategie müssen folgende Ziele stehen:

- Umfassende Bildungsbeteiligung schon in der frühkindlichen Bildung,
- Deutliche Senkung der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss,
- Reduzierung der Zahl der funktionalen Analphabeten,
- Berufsqualifizierende Abschlüsse für alle Jugendlichen,
- Gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse,
- Anhebung der Zahl der Studienanfänger und Hochschulabsolventen zumindest auf OECD-Niveau,
- Verringerung der Quote der Studienabbrecher,
- Entkopplung von sozialer bzw. ethnischer Herkunft und Bildungserfolg,
- Verbesserung fachlicher Leistungen auf OECD-Spitzenniveau,
- Weiterbildungsbeteiligung auf europäischem Niveau.

Bund, Länder und Kommunen müssen in all diesen Bereichen belastbare und verbindliche Vereinbarungen treffen. Die Umsetzungsstrategien müssen von einer unabhängigen Stelle auf ihre Wirkung geprüft werden. Das Bildungssystem kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle staatlichen Ebenen über gemeinsames Verantwortungsbewusstsein und die geeigneten Instrumente verfügen, um die Ziele der nationalen Bildungsstrategie zu erreichen und zu kontrollieren.

Wenn Deutschland zu einer Bildungsrepublik werden soll, muss Bildung auch unter den Bedingungen der Europäisierung und Globalisierung der Märkte allgemeines Gut staatlicher Daseinsvorsorge sein. **„Mit guter Bildung in die Zukunft“** heißt für den DGB, einen finanziellen Kraftakt zu stemmen. Derzeit werden in Deutschland lediglich 4,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus öffentlichen Mitteln in das Bildungswesen investiert. Will die Bundesrepublik wieder Anschluss an europäisches Spitzenniveau schaffen, müssen die Ausgaben für Bildung und Wissenschaft auf sieben Prozent des BIP steigen. Ohne den Aufwand für Bauinvestitionen sind dafür jährlich mindestens 30 Milliarden Euro zusätzlich erforderlich. Wir brauchen einen Pakt „Zukunft der Bildung“. Bund und Länder müssen sich im Rahmen der Föderalismus-Reform II auf eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Bildung“ verpflichten.